

12. Beitrag an die Stadt Uster Bauprojekt Kultur- und Begegnungszentrum Zeughausareal Uster

Antrag des Regierungsrates vom 2. Juli 2025 und Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 21. Oktober 2025

Vorlage 6032 (*Ausgabenbremse*)

Ratspräsident Beat Habegger: Eintreten ist obligatorisch.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Ich gebe Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Ich bin auch noch Stadträtin in Uster.

Die Kommission für Bildung und Kultur beantragt Ihnen mit 11 zu 4 Stimmen, den Betrag von 10 Millionen Franken für das Bauprojekt Kultur- und Begegnungszentrum Zeughausareal Uster zu genehmigen. 7 Millionen Franken davon werden dem Kulturfonds und 3 Millionen Franken dem Gemeinnützigen Fonds entnommen. Beide Fonds können diese Verpflichtungen aus den ihnen zugewiesenen Mitteln bestreiten. Im KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) sind diese Mittel entsprechend eingestellt.

Gesuchstellerin und Bauherrin ist die Stadt Uster. Mit dem Bauvorhaben werden Räume und Infrastruktur für Kultur, Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Bildung bereitgestellt. Davon profitieren werden nicht nur die Bevölkerung von Uster selbst, sondern auch viele weitere Menschen, insbesondere aus der nahen Region Zürcher Oberland, Oberes Glatttal. Schon heute wird das Zeughausareal zu rund einem Drittel von sogenannten Auswärtigen besucht. Entsprechend haben sich auch die regionale Standortförderung, das Bildungszentrum Uster und diverse umliegende Gemeinden positiv zu diesem Begegnungs- und Kulturzentrum und dessen regionaler Bedeutung geäußert.

Die Entwicklung dieses Bauprojekts hat eine sehr lange, konkret eine 20-jährige Vorgeschichte. Insgesamt gab es hierzu in Uster vier verschiedene Volksabstimmungen. Einem Ja zum Entwicklungskonzept folgten drei weitere Ja zum Gestaltungsplan, zum Projektierungskredit und zum Baukredit. Die Stadt Uster wird sich mit rund 35 Millionen Franken an den Gesamtkosten von fast 46 Millionen Franken beteiligen. Zu diesen Gesamtkosten zählen die Kosten für das Grundstück, für die Projektierung, für das Erschliessungsbauwerk, für die Kapitalisierung der Betreiberorganisation Zeughaus Uster AG sowie die Ausgaben für das eigentliche Bauvorhaben. Die Folge- und Betriebskosten fallen bei der Stadt Uster als Bauherrin und bei der Zeughaus Uster AG als Betreiberin an.

Auch für den Regierungsrat ist das Projekt wegweisend. Die kantonale Kulturpolitik setzt auf Vielfalt und starke regionale Strukturen. Mit der geplanten neuen Infrastruktur in Uster wird die Kultur in und um Uster gestärkt. Auch das kantonale Hochbauamt beurteilt das Bauvorhaben als sehr positiv und erachtet den kantonalen Unterstützungsbeitrag in Relation zum Beitrag der Stadt Uster angesichts der regionalen Bedeutung des Projekts durchaus als angemessen.

Eine klare Kommissionsmehrheit teilt diese positive Einschätzung. Sie begrüsst es insbesondere, dass Kultur nicht nur in Zürich und Winterthur, sondern eben auch in den Regionen gefördert wird und stattfinden kann. Einem Teil der Mehrheit ist es wichtig zu betonen oder zu wissen, dass der Kanton keine Folgekosten tragen muss.

Der ablehnenden Minderheit ist der kantonale Beitrag zu hoch. Ihrer Meinung nach wird der hohe Beitrag Begehrlichkeiten in anderen Regionen wecken. Und sie gibt auch zu bedenken, dass der Baukredit in Uster «nur» – in Anführungs- und Schlusszeichen – mit einem Ja-Stimmen-Anteil von knapp 55 Prozent gutgeheissen wurde.

Im Namen der KBIK-Mehrheit danke ich Ihnen, wenn Sie diesen Kredit genehmigen. Vielen Dank.

Tobias Infortuna (SVP, Egg): Das Stimmvolk der Stadt Uster hat den Kredit für das Projekt Zeughausareal genehmigt, darum soll die Stadt Uster dieses Bauprojekt natürlich umsetzen. Aber heute geht es darum, ob der Kanton sich daran finanziell beteiligen soll, und das lehnen wir ab aus folgenden Gründen:

In der Stadt Uster fand der Baukredit eine Zustimmung von nur 55 Prozent, und das, obwohl sich die SVP als einzige Partei dagegen ausgesprochen hatte. Man muss darum von einem enttäuschenden Resultat für dieses Projekt sprechen. Von einer grossen Begeisterung in Uster kann jedenfalls bei 54 Prozent nicht ausgegangen werden, wenn alle ausser einer Partei dafür waren. Auch das versprochene regionale Interesse ist bescheiden, haben doch nur drei von zehn Gemeinden im Bezirk Uster die Absicht geäussert, sich an der neu entstehenden Zeughausareal AG beteiligen zu wollen. Es geht also um 10 Millionen, was fast einem Drittel der Summe der Stadt Uster entspricht, für etwas, das weder in der Region noch in Uster selbst grosse Begeisterung ausgelöst hat. Eine kantonale Beteiligung drängt sich deshalb nicht auf, darum lehnen wir diesen Kredit ab.

Stefan Feldmann (SP, Uster): Zu meiner Interessenbindung: Ich bin Stadtrat in Uster und als solcher möchte ich mit einem Dank an die Regierung beginnen, dass sie sich dafür entschieden hat, diesen Antrag für einen Beitrag an das Kultur- und Begegnungszentrum Zeughaus in Uster zu stellen, und an die Kommission für Bildung und Kultur dafür, dass sie diesen Antrag grossmehrheitlich unterstützt. Das Kultur- und Begegnungszentrum Uster auf dem Areal des ehemaligen Zeughauses ist ohne Zweifel das wichtigste Bauvorhaben der Stadt Uster in den letzten zwei Jahrzehnten. Es ist ein Schlüsselprojekt unserer Stadtentwicklung und hat darüber hinaus aber auch eine grosse Bedeutung für die gesamte Region, weshalb ein Beitrag des Kantons eben angezeigt ist. Die Planung auf dem Zeughausareal läuft nun schon seit zwei Jahrzehnten. Das Konzept und das Bauprojekt wurden in einem breiten Mitwirkungsprozess erarbeitet. Die Ustermer Stimmbevölkerung hatte – die Kommissionspräsidentin hat es bereits ausgeführt – viermal die Gelegenheit, sich zu diesem Projekt zu äussern. Sie hat es jedes Mal, wenn auch mit unterschiedlichen Mehrheiten, in der Volksabstimmung unterstützt.

Auf dem östlichen städtischen Teil des Zeughausareals entsteht mit dem Kultur- und Begegnungszentrum ein Ort, wo sich Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft begegnen können. Kernstück sind der neue grosse Saal mit 700 Plätzen, ein kleinerer Saal mit 120 Plätzen, zwei kleine Kinosäle, Ausstellungsräume sowie ein Gastronomieangebot. Damit entsteht ein vielfältig nutzbares Raumangebot, einerseits natürlich für Uster – so sind beispielsweise die Schulen im nahen Bildungszentrum an diesen Räumlichkeiten interessiert, fehlt ihnen doch eine grosse Aula –, aber auch für die Wirtschaft, denen es in Uster geeignete Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen mangelt.

Darüber hinaus entsteht aber auch eine Infrastruktur, die für die ganze Region wichtig ist, und dies ist ganz im Sinne der Kulturförderung des Kantons. Kultur soll eben nicht nur in den Städten Zürich und Winterthur stattfinden, sondern auch in den Regionen ausserhalb der beiden grossen Städte. Genau dafür steht dieses Vorhaben. Man soll für Kultur nicht zwingend von Uster und dem Zürcher Oberland nach Zürich fahren müssen, sondern vielleicht auch von Zürich nach Uster. Dass die Stadt Uster hier nicht nur für Uster baut, sondern für die ganze Region, sehen übrigens auch umliegende Gemeinden so, die ihre Absicht kundgetan haben, Aktien der inzwischen gegründeten Betreibergesellschaft zu zeichnen.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zum westlichen Teil des Zeughausareals; dieses hat mit dieser Vorlage zwar nichts zu tun, aber ich denke, es ist wichtig für das Gesamtbild: Der westliche Teil des Zeughausareals gehört nach wie vor der Armatsuisse (*Bundesamt für Rüstung*). Die Stadt Uster konnte mit dieser aber einen Baurechtsvertrag über 99 Jahre abschliessen und hat das Areal inzwischen mit einem Unterbaurechtsvertrag an die Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft Winterthur weitergegeben, die hier nun ein Projekt entwickeln und das Areal mit einer Wohnnutzung bebauen wird.

Wie eingangs erwähnt, beim Kultur- und Begegnungszentrum handelt es sich um das wichtigste Bauvorhaben der Stadt Uster seit Jahrzehnten. Es entsteht hier mitten in der Stadt gewissermassen ein neuer Stadtteil für Kultur, für Begegnung, für die Wirtschaft, für die Schulen, mit gemeinnützigen Wohnungen, mit einem grosszügigen Freiraum für die Bevölkerung, ein Projekt, das über zwei Jahrzehnte sorgfältig geplant und in vier Volksabstimmungen durch den Souverän bestätigt wurde, ein Projekt, das dem Leitbild der kantonalen Kulturförderung entspricht und das kulturelle Leben auch ausserhalb der Städte Zürich und Winterthur besser unterstützen will.

Und so möchte ich zum Schluss meinen Dank erweitern und Ihnen allen, die diesen Antrag unterstützen, im Namen der Bevölkerung der Stadt Uster den Dank aussprechen. Stimmen Sie zu, Danke vielmals.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Wir haben auch Vertreter aus Uster in der Fraktion, aber ich spreche bewusst als Stadtzürcher. Und damit kommen wir auf einen wesentlichen Punkt dieser Vorlage, der bereits erwähnt wurde: Wir haben immer gefordert, dass Kultur und unsere Kulturgelder nicht nur den grossen Städten Zürich und Winterthur zukommen sollen, sondern eben auch den Regionen. Das ist

jetzt ein Projekt, ein sehr vielfältiges Projekt, und wir unterstützen es. Wir unterstützen die 10 Millionen Franken, wir unterstützen auch die Aufteilung von 7 Millionen Franken für den Kulturfonds und 3 Millionen Franken für den Gemeinnützigen Fonds. Das ist inhaltlich angemessen und entspricht ungefähr dem, was dort dann auch stattfinden wird. Worauf wir Wert gelegt haben – und diese Zusage haben wir von der zuständigen Regierungsrätin (*Jacqueline Fehr*) auch erhalten –, ist, dass sich der Kanton nicht an den Betriebskosten beteiligen muss. Es geht also um eine einmalige Zahlung an Uster, damit Uster dieses Zentrum verwirklichen kann, und das war es dann auch. Besten Dank.

Urs Glättli (GLP, Winterthur): Für Uster bewilligen wir heute 10 Millionen Franken, um ein Bauvorhaben von knapp 50 Millionen Franken zur Ausgestaltung des Zeughausareals Uster in ein Kultur- und Begegnungszentrum zu unterstützen. Uster ist mit einer Bevölkerung von knapp 40'000 Personen die drittgrösste Stadt des Kantons und gehört auch zu den 20 grössten Städten der Schweiz. Es ist ein dynamisches, regionales Zentrum, das stetig wächst. Auf dem Zeughausareal ist eine auch Dritten offenstehende Mischnutzung vorgesehen, die auch aus der Agglomeration Uster besucht wird. Die Arealentwicklung hat in Uster seit dem 2017 erfolgten Kauf der Armasuisse eine erfolgreiche Geschichte mit bereits vier Urnenabstimmungen hinter sich.

Der Kanton unterstützt die mittelgrossen Städte im Rahmen des Förderprogramms. Die Bestrebungen, die Kulturbeiträge step by step vermehrt auch anderen Städten und Gemeinden als der Hauptstadt Zürich zukommen zu lassen, wird begrüsst. Die wirklich notwendige Korrektur wird aber nur über eine Weiterentwicklung der Kulturbeiträge im Zentrumslastenausgleich möglich werden. Wie asymmetrisch die Kulturbeiträge auf Zürcher Gemeinden verteilt sind, ist im Zürcher Kulturbericht ersichtlich. In welche Richtung eine Neuausrichtung gehen könnte, geht aus der im Rahmen des Förderprogramms gepflegten Praxis der Unterstützung mittelgrosser Städte hervor. Die Bedürfnisse und Ziele und so auch die Mittel für mittelgrosse Städte sind abhängig von der Grösse, Lage, Struktur und Entwicklung der jeweiligen Stadt.

Kurz und gut, das ist ein zweckmässiger, zielgerichteter und angemessener Beitrag an die dezentrale Kulturförderung in den Agglomerationen zur Stärkung der regionalen Zentren, insbesondere der Stadt Uster. Die Grünliberalen begrüssen nicht nur diesen Beitrag von heute für die kulturelle Zukunft Usters von morgen, wir bedanken uns auch für die stringent und plausibel verfasste Vorlage.

Vielleicht noch etwas zu meinem Vorredner der SVP: Sie zeigt ein etwas eigenartiges Demokratieverständnis, hat doch Uster bereits viermal an der Urne ein Bekenntnis zur kulturellen Entwicklung des Zeughausareals bekundet. Sie haben Angst vor weiteren Begehrlichkeiten anderer Agglomerationsgemeinden und Städte. Ja, hoffentlich auch. In Winterthur beispielsweise steht ein weiteres Zeughaus, das unter anderem auch noch auf eine kulturelle Umnutzung mit kantonalem Beitrag wartet. Und das ist dann angesichts der erwähnten asymmetrischen Mittelverteilung nichts als gerecht. Besten Dank.

Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): Bereits heute wird der Ostteil des Zeughausareals Uster für Gastronomie und Veranstaltungen genutzt. Wir Grüne begrüssen es sehr, dass an diesem Ort nun ein Kultur- und Begegnungszentrum mit vielfältigem multifunktionalen Raumprogramm entstehen soll, das auch Gastronomie, Kino und vieles mehr beinhaltet, Grünflächen und Freiräume inklusive. Uster ist nicht nur die drittgrösste Stadt im Kanton Zürich, sie ist auch Einzugsgebiet vom Zürcher Oberland und vom Oberen Glatttal, eine Region, die von der Bevölkerungszahl sehr stark wächst.

Mit dem zu realisierenden Bauprojekt im Zeughausareal wird dem Legislaturziel, Kultur in den Regionen zu fördern, Rechnung getragen; dies nicht zuletzt auch darum, weil hier die Kultur in und um Uster in ihrer Entwicklung gestützt und einem breiten Publikum zugänglich gemacht wird.

Das Projekt ist insgesamt überzeugend ausgestaltet und gut durchdacht. Besonders wertvoll am Projekt erachten wir, dass von Beginn an die Bevölkerung in die Planung einbezogen wurde und dass die Unterstützung von fast allen umliegenden Gemeinden zugesichert wurde. Die gemeinnützige Aktiengesellschaft Zeughaus Uster soll das Areal bewirtschaften, was die Kontrolle durch die Stadt Uster gewährleistet und zugleich unternehmerische und künstlerische Freiheit zulässt. Der Fokus liegt auf Vielseitigkeit und partizipativer Beteiligung. Es soll ein Begegnungsort mit diversen Nutzungen entstehen, ein Treffpunkt für Kultur, Bildung, Gewerbe, Gastronomie und Politik. Die angestrebte Vielfalt wird durch einen Beirat mit Vertretungen aus allen Bereichen abgesichert.

Ausserdem verbindet das Vorhaben denkmalgeschützte mit neuer Architektur in gekonnter Weise, sowohl aus ästhetischer als auch aus funktionaler Sicht. Seit Beginn des Projekts vor 20 Jahren hat Uster – wir haben es schon oft gehört – viermal abgestimmt und beträchtliche finanzielle Vorleistungen erbracht. Um das Ganze zu einem guten Abschluss zu bringen, sind nun noch 10 Millionen Franken vonnöten, die der Kanton Zürich bereitstellen soll.

Wir Grüne unterstützen dieses Projekt und stimmen der Gewährung des von der Stadt Uster ersuchten Beitrags zu.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Die Mitte unterstützt den kantonalen Beitrag an das Kultur- und Begegnungszentrum Uster. Es ist uns wichtig, dass Kultur und gesellschaftliches Leben nicht ein Privileg der beiden grossen Städte Zürich und Winterthur sind, sondern im ganzen Kanton gefördert werden. Dass mit Uster, der drittgrössten Stadt des Kantons, diesmal ein regionales Zentrum berücksichtigt wird, ist ein wichtiges Signal für eine ausgewogene Kulturpolitik. Auch inhaltlich überzeugt das Projekt. Das neue Zentrum schafft zeitgemässe Räume für Kultur, Begegnung, Bildung und gesellschaftlichen Austausch, ein Gewinn nicht nur für die Stadt Uster, sondern für die gesamte Region. Zugleich ist für uns zentral, dass der Beitrag des Kantons auf den Bau – und nicht auf den laufenden Betrieb – beschränkt bleibt. Damit bleibt die finanzielle Unterstützung

klar begrenzt und der Kanton wahrt die nötige Balance zwischen gezielter Förderung und verantwortungsvollem Mitteleinsatz. Die einmalige Unterstützung erfolgt zudem aus dem Kulturfonds und dem Gemeinnützigen Fonds, die genau für solche Projekte vorgesehen sind.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Die EVP-Fraktion stimmt dem Beitrag von 10 Millionen Franken an den Bau des Kultur- und Begegnungszentrums Uster zu, und dies, obwohl wir zurzeit kein Fraktionsmitglied aus dem Bezirk Uster haben, das dafür lobbyieren könnte. Denn es ist zu begrüßen, dass Kultur zunehmend nicht nur in Zürich und Winterthur, sondern auch in den Regionen stärker gefördert wird. Das Projekt ist in Uster breit abgestützt und dient auch den umliegenden Regionen Zürcher Oberland und Oberes Glatttal. Wir meinen, ein sehr gutes Projekt, das unsere Unterstützung verdient.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Wir sprechen hier über ein kulturpolitisches Schlüsselvorhaben, das weit über Uster hinaus wirkt. Der Regierungsrat hat uns dargelegt, weshalb dieses Projekt subsidiär, gemeinnützig und qualitativ überzeugend ist. Und genau deshalb ist es richtig, dass der Kanton hier Verantwortung übernimmt. Kulturpolitik ist nicht nur eine Frage von Bühnen, Mauerwerk und Betriebskonzepten, Kulturpolitik ist eine Frage der Gesellschaft, der Zugänge und letztlich auch der Demokratie. Wenn wir es ernst meinen mit kultureller Teilhabe für alle, dann darf Kultur nicht nur in Zürich und Winterthur stattfinden. Die Stärkung der regionalen Zentren ist seit Jahren Teil der kantonalen Kulturstrategie und sie ist dringend nötig. Kultur ausserhalb der grossen Städte entlastet die Zentren, reduziert Mobilitätsdruck, eröffnet kürzere Wege und schafft Räume, in denen Menschen sich begegnen, unabhängig von Herkunft und Einkommen. Uster ist dafür ein idealer Ort, die drittgrösste Stadt des Kantons, ein wachsendes Zentrum mit überregionaler Ausstrahlung, und die Bevölkerung steht hinter diesem Projekt. Gleich mehrfach hat Uster zugestimmt, zuletzt zum Baukredit von gut 36 Millionen Franken. Diese demokratische Legitimation findet man nicht bei jedem grossen Kulturvorhaben. Das Zeughausareal ist auch heute schon ein Ort des Austauschs, der Zwischennutzungen, der Vielfalt. Jetzt erhält es endlich jene Infrastruktur, die seinem Potenzial entspricht, Räume, die die lokale Kultur stärken, aber auch die freie Szene, Jugendkulturen, Vereine, politische und gesellschaftliche Anlässe. Und das ist wichtig, denn mit dem Abriss des Central und des Stadthofsaals verliert Uster elementare Kulturflächen. Ohne das Zeughaus gäbe es ein kulturelles Vakuum.

Der kantonale Beitrag von 10 Millionen Franken ist dabei absolut angemessen. Die Stadt trägt über 34 Millionen selbst, weitere Gemeinden und Stiftungen beteiligen sich. Das zeigt, dass das Projekt regional verankert und gewollt ist. Und ja, das Ganze ist kulturpolitisch ein starkes Signal. Es zeigt, dass wir nicht nur über kulturelle Vielfalt reden, sondern sie konkret ermöglichen. Es zeigt, dass wir

Orte der Gemeinschaft fördern, Orte, an denen die Gesellschaft sich selbst verhandelt. Gerade in Zeiten sozialer Spannung brauchen wir solche Räume dringender denn je. Wir werden zustimmen.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Wenn wir ein gutes Beispiel für den Einsatz von Kulturfondsmitteln gesucht hätten, hätten wir es in diesem Projekt gefunden. Und wenn wir ein gutes Beispiel für die Aufgabe des Kulturleitbildes, Kultur auch in den Nicht-Zentrumstädten zu fördern, hätten wir auch hier ein gutes Beispiel gefunden. Diese beiden Elemente prägen das Projekt, es wurde in vielen Voten gesagt, Uster hat dieses Projekt über viele Jahre sehr, sehr sorgfältig und umsichtig aufgebaut. Es ist viermal politisch legitimiert durch die Ustermer Bevölkerung. Es ist wirklich eigentlich ein Muster, ein Vorbildprojekt, wie kulturelle Zentren geschaffen werden können, vielfältig, offen, mit der Bevölkerung im Dialog, multidisziplinär. Es erfüllt einfach alles und entsprechend hat sich der Regierungsrat auch gefreut über dieses Projekt und will, wie schon in der Abstimmung gegenüber Uster versprochen, auch seinen Beitrag dazu leisten mit diesen 10 Millionen Franken.

Das ist eines der Leuchtturmprojekte der Kulturförderung in den Regionen. Diese ist dem Regierungsrat sehr wichtig. In einem stark wachsenden Kanton ist Kulturförderung in den Nicht-Zentrumstädten ein sehr zentrales Element. Wir haben dieses Projekt jetzt in Uster, wir haben das Programm Kulturförderung in den mittelgrossen Städten, wir haben darüber hinaus die Gemeindeprogramme. Und allen ist wahrscheinlich klar, dass eine Gemeinde mit einem aktiven Kulturangebot eine andere Gemeinde ist als eine Gemeinde ohne ein solches Angebot. Und entsprechend werden wir diese Strategie auch weiterführen. Es ist wichtig, dass wir solche kulturellen Orte schaffen können, Orte, wo sich Menschen begegnen, etwas miteinander erleben und damit auch das Gemeinde- oder eben das städtische Leben wie hier in Uster prägen und gestalten können. Gerade in den stark wachsenden urbanen Zentren ist das sehr von Bedeutung. Gleichzeitig ist es aber auch weiterhin wichtig, dass wir das Kulturleben in den Gemeinden fördern. Ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das Projekt so unterstützen und hier ein klares Zeichen für diese Strategie setzen.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. und II.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Ratspräsident Beat Habegger: Bei diesem Geschäft müssen wir die Ausgabenbremse lösen und stellen nun fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens

91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über die Ausgabenbremse

Für die Vorlage 6032 stimmen 124 Ratsmitglieder. Das erforderliche Quorum von 91 Stimmen ist erreicht worden.

Das Geschäft ist erledigt.